



Lokalwahlen gestoppt: Eine vertane Chance?

DER OBERSTE GERICHTSHOF IN RAMALLAH HAT DIE VORBEREITUNGEN FÜR DIE KOMMUNALWAHLEN VORERST GESTOPPT. DER WAHLTERMIN 8. OKTOBER IST SOMIT NICHT MEHR HALTBAR – HINTERGRÜNDE, LEHREN UND PERSPEKTIVEN.

Seit 2006 fanden in den Palästinensischen Gebieten keine landesweiten Wahlen mehr statt. Mit Präsident Mahmud Abbas' Ankündigung vom vergangenen Juni, am Ende der vierjährigen Legislaturperiode Kommunalwahlen abhalten zu wollen, wurde eine gesellschaftliche und politische Dynamik entfaltet, die deutlich machte: Das Volk lechzt nach politischer Partizipation und personeller Erneuerung. Noch bevor der Wahlkampf offiziell losgehen konnte, wurde er durch eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs in Ramallah vorerst gestoppt.

Hintergrund

Seit zehn Jahren wurde in den Palästinensischen Gebieten nicht mehr nach demokratischen Standards gewählt. Nach dem Tod von Präsident Yasser Arafat im November 2004, wählten sich die Palästinenser 2005 dessen Gefolgsmann Mahmud Abbas zum Amtsnachfolger. Dieser veranlasste Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat, aus denen 2006 der politische Arm der Hamas als Sieger hervorging. Ein gewaltsamer Bruderkrieg führte 2007 zu einem Split zwischen dem Gazastreifen, der bis heute von der Hamas kontrolliert wird, und dem Westjordanland unter der Führung der Fatah und der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA). Weder Präsident noch Parlament stellten sich am Ende ihrer Amtszeiten (2009/2010) einer Wahl; seitdem regiert Abbas vor allem mittels Präsidialdekreten. Die Kommunalwahlen von 2012 wiederum endeten in einer Farce, weil die Hamas kei-

ne Wahlen im Gazastreifen zuließ. Sie zeigte sich damals uneinsichtig, weil man der PA vorwarf, mit dem Ausrufen von Kommunalwahlen den nationalen Versöhnungsprozess zu konterkarieren. Auch im Westjordanland wurden demokratische Wahlstandards mancherorts nicht erfüllt und Bürgermeister qua Ernennung ins Amt gehoben. Sieht man von diversen Universitätswahlen ab, die aus Ermangelung von nationalen Wahlen massiv politisiert wurden,¹ fehlt es folglich seit 2006 an einem nationalen Kräfteressen der dominierenden politischen Bewegungen.

Angesichts miserabler Wirtschaftsdaten, hoher Arbeitslosigkeit (ca. 21 Prozent), gescheiterter Versöhnungsversuche zwischen Fatah und Hamas sowie Stillstand im israelisch-palästinensischen Friedensprozess, galt es zunächst als ausgemacht, dass die säkulare Fatah-Bewegung als Hauptverantwortlicher für diese Negativbilanz bei Wahlen abgestraft werden würde.

Entsprechend unerwartet kam die Ankündigung des Präsidenten, am 8. Oktober Kommunalwahlen abzuhalten. Diese Entscheidung wurde am 21. Juni von der Regierung unter Premierminister Rami Hamdallah bestätigt. Nicht weniger überrascht wurde die Öffentlichkeit über die Entscheidung der Hamas vom 15. Juli, die Wahlen ebenfalls zu unterstützen und im Gazastreifen dazu beizutragen, dass die Wahlkommission

¹ Vgl. Marc Frings/Bastian Schroeder, Letzte Festung Kommunalpolitik, KAS-Länderbericht (Mai 2016), <https://goo.gl/DjoRJK>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

September 2016

www.kas.de/ramallah

www.kas.de

Folgen Sie uns auf



(*Central Election Commission, CEC*) die Wahlen vorbereiten und durchführen könne.

Zu dieser Entscheidung beigetragen haben gewiss drei Faktoren: (1.) die innerhalb der Hamas weit verbreitete Ansicht, dass man in den von ihr verwalteten Städten und Kommunen in Gaza gute Arbeit geleistet habe (eine Überzeugung, die im Widerspruch zur katastrophalen humanitären, wirtschaftlichen und energiepolitischen Krise des dichtbesiedelten Landstrichs steht); (2.) die antizipierte schlechte Ausgangslage der Fatah aus den oben angeführten Gründen; und (3.) die Strategie, Kooperationswillen zu demonstrieren und nicht der Grund für die Absage von Wahlen sein zu wollen.

Um was wäre es gegangen?

Knapp zwei Millionen Palästinenser wären stimmberechtigt gewesen, um 416 Lokal- und Stadträte zu wählen: 1.11 Mio. Wähler im Westjordanland (für 391 Räte) und 846.500 Wähler im Gazastreifen (für 25 Räte). Insgesamt hätten 4.162 Lokal- und Stadtratsmandate neugewählt werden sollen. Hierfür lagen der Wahlkommission 860 Wahllisten vor, die entweder von Parteien, parteiaffilierten Gruppen oder unabhängigen Wählervereinigungen eingereicht wurden. Der eigentliche Wahlkampf hätte laut Wahlkommission erst zwei Wochen vor dem Wahltermin, also am 24. September, beginnen sollen.²

Warum wird nicht gewählt?

Der Oberste Gerichtshof verfügte am 8. September vorläufig, dass die Wahl nicht abgehalten werden könne. Am 21. September tagte man erneut, verschob aber eine finale Entscheidung auf Anfang Oktober, um weitere Meinungen einholen zu können. Es wird allgemein erwartet, dass die Wahlen nicht verschoben, sondern gänzlich abgesagt werden. Davon sind einer aktuellen

Studie zufolge 48 Prozent der Palästinenser überzeugt.³

Das Gericht gab zwei Gründe für seine Entscheidung an: Zum einen, weil die palästinensischen Bewohnerinnen und Bewohner von Ost-Jerusalem – also dem Teil der Stadt, der während des Sechstageskrieges 1967 von Israel zunächst besetzt und später annektiert wurde – an der Wahl nicht hätten teilnehmen können. Diese Entscheidung überraschte insofern, als dass den dort lebenden (ca. 200.000) Palästinensern bislang noch nie die Teilnahme an palästinensischen Kommunalwahlen zugestanden wurde. Lediglich in den 28 Außenbezirken von Ost-Jerusalem hätten Wahlen stattfinden sollen. Zudem verwies der Gerichtshof auf eine unklare Ausgangslage im Gazastreifen, wo eingereichte Listen der Fatah von lokalen (Hamas-kontrollierten) Gerichten nicht zugelassen wurden.

Bereits im August wurden Forderungen nach einer Verschiebung der Wahlen laut, als sich in der Stadt Nablus bewaffnete Konflikte verschärften, nachdem ein verhafteter Mann von palästinensischen Sicherheitskräften zu Tode geprügelt wurde. Das Opfer, Ahmad Izz Halaweh, wurde im Zusammenhang mit tödlichen Schüssen auf palästinensische Polizisten verhaftet. Die Gewalteskalation bot Diskussionen über innerpalästinensische Spannungen und dem regelmäßigen Vorwurf von Kollaboration der palästinensischen Sicherheitskräfte mit Israel weiteren Vorschub. Letztlich bemühte sich die Autonomiebehörde aber um Schadensbegrenzung und deutete die Entwicklungen in Nablus als rein lokales Problem.

Wie reagierten die politischen Blöcke auf die Entscheidung des Gerichts?

Gegenseitige Vorwürfe, wer die Wahlabsage zu verantworten habe, wurden zwischen Fatah und Hamas unverzüglich ausgetauscht: während Fatah bemängelte, dass ihre Listen von „privaten Gerichten“ in Gaza

² Über statistische Daten und den Ablauf der Wahl informiert die CEC auf ihrem Internetauftritt (vgl. goo.gl/sEK6Dv).

³ Die in diesem Bericht angegebenen demoskopischen Daten stammen aus einer aktuellen Studie der Denkfabrik PSR und der KAS Ramallah, die am 27.09.2016 vorgestellt wurde (vgl. goo.gl/YOrZZq).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE
MARC FRINGS

September 2016

www.kas.de/ramallah

www.kas.de

Folgen Sie uns auf



einkassiert wurden, denen aufgrund des illegalen Splits von 2007 jegliche Rechtssprechungskompetenz abzuerkennen sei, betrachtete die Hamas den Entscheid des Fatah-nahestehenden Gerichtshofs als politisch motiviert, um Präsident Abbas' Partei vor einer krachenden Niederlage zu bewahren. In der Bevölkerung dominiert letztere Ansicht: 61 Prozent sehen in der Gerichtsentscheidung einen politischen Akt, obgleich mehrheitlich davon ausgegangen wird, dass beide Parteien gleichermaßen Interesse daran hatten, die Wahlen abzusagen.⁴

Die Palästinenser scheinen die Relevanz von Kommunal- und nationalen Wahlen unterschiedlich einzustufen: während weiterhin das Credo überwiegt, dass eine nationale Aussöhnung zwischen Fatah und Hamas Voraussetzung für Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sein muss, wäre man bereit gewesen, sich an den Kommunalwahlen trotz fehlender Annäherung beider Blöcke zu beteiligen.

Wer hätte gewonnen?

Die Wahlen wurden zu schnell wieder abgesagt, um belastbare Trends auszumachen. Obgleich tendenziell eher den Fatah-Listen zugetraut wurde, die Probleme auf kommunaler Ebene zu lösen, indizierten demoskopische Erkenntnisse, dass sowohl im Westjordanland als auch im Gazastreifen ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Fatah und Hamas stattgefunden hätte.⁵

Der Wahlausgang hätte ohnehin nur bedingt Aussagekraft für spätere nationale Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen gehabt: Die Wochen bis zur Absage hatten bereits gezeigt, dass sich die Wahlkampagnen vor allem um lokale Themen und die Bewerbung der amtierenden Bürgermeister und Stadträte gedreht hätten. Die Hälfte der Bevölkerung wollte die Wahlentscheidung von der Frage abhängig machen, welcher Liste am ehesten zugetraut wird, Dienstleistungen für die Kommunen zu verbessern und diese sicherzustellen. Somit wäre hier ein

anderes Wählerverhalten zu antizipieren als bei nationalen Wahlen, die sich vielmehr um Strategien im Umgang mit überparteilicher Versöhnung, Israel, Eigenstaatlichkeit und wirtschaftlicher Reformen kreisen würden. Nur neun Prozent betrachteten diese Faktoren mit Blick auf die Kommunalwahlen als entscheidungsrelevant.

Welche Herausforderungen gäbe es bei einem neuerlichen Wahlkampf?

Auch aus diesem kurzen Vorwahlkampf können Erkenntnisse über den aktuellen Stand der parteipolitischen Landschaft in den Palästinensischen Gebieten abgeleitet werden. Hinsichtlich der inneren Verfasstheit der Parteien, ihrer Organisations- und Konsensfähigkeit, sowie mit Blick auf interne Meinungsfindungsprozesse konnten die politischen Bewegungen ihre – vorhandenen und mangelnden – Kompetenzen unter Beweis stellen.

Seit 2007 haben Hamas und Fatah viel Verve aufgebracht, um sich gegenseitig in der jeweiligen Handlungs- und Organisationsfähigkeit zu schwächen. Folglich verfügen weder die Hamas im Westjordanland, noch die Fatah im Gazastreifen über personelle oder finanzielle Strukturen, die man für einen anstehenden Wahlkampf – ganz gleich für welche Ebene – benötigen würde. Solange nicht sicher gestellt wird, dass eine Partei in allen Teilen der Palästinensischen Gebiete einen Wahlkampf vorbereiten und durchführen kann, besteht die Gefahr, dass die unterlegene Kraft im Nachhinein den Wahlausgang nicht anerkennt und anzweifelt.

Spielt das Ausland eine Rolle?

Das Abhalten von Wahlen in einer krisengebeutelten Region wäre eine Möglichkeit gewesen, den israelisch-palästinensischen Konflikt zurück in den Fokus der Staatengemeinschaft zu rücken – zumal gute Nachrichten aus Israel und den Palästinensischen Gebieten Seltenheitswert haben. Das Timing wäre jedenfalls perfekt gewesen, weil Präsident Abbas seinen Auftritt vor der VN-Generalversammlung am 22. September mit einer klaren, demokratiefördernden

⁴ Quelle s. Fn 3.

⁵ Ebd.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

September 2016

www.kas.de/ramallah

www.kas.de

Folgen Sie uns auf



Strategie der politischen Erneuerung hätte verbinden können.

Als 2006 die Hamas die letzte (demokratische) Parlamentswahl gewann, erkannte der Westen die Wahlsiegerin nicht an und baute keine direkten Kontakte zu ihr auf. Da westliche Staaten und Organisationen, darunter die Europäische Union, die Hamas bis heute als Terrororganisation einstufen, besteht aus palästinensischer Perspektive die Gefahr, dass Gemeinden mit Sanktionen belegt werden, die sich bei Kommunalwahlen mehrheitlich für Hamas-nahe Listen entscheiden würden. Dies setzt wiederum voraus, dass der Westen an seiner bisherigen Strategie der Nicht-Interaktion mit den Islamisten festhält. Insgesamt wurde in den europäischen Hauptstädten die Entscheidung von Mahmud Abbas, Wahlen abzuhalten, begrüßt.

In der unmittelbaren Nachbarschaft dominierte Zurückhaltung ob der Wahlpläne: insbesondere Jordanien, wo bereits im September Parlamentswahlen stattfanden, Ägypten und Israel zeigten wenig Interesse daran, in Folge von Wahlen in den Palästinensischen Gebieten auf möglicherweise neue Unruhen zuzusteuern. Der israelische Verteidigungsminister Avigdor Lieberman nutzte die Gelegenheit, um Mitte August sein Plan zur Schwächung der PA vorzulegen: Kern seines Plans ist eine Umgehung staatlicher (PA) oder politischer (PLO) Vertretungsgremien, um stattdessen auf lokaler Ebene Beziehungen zu den Palästinensern zu unterhalten.⁶

Welche Rolle spielen Klanstrukturen?

In der Berichterstattung wurde während der Listenaufstellungen die Rolle von Familien und Stämmen betont. Statt parteipolitischer Organisation oder persönlicher Kompetenz, so die Annahme, dominiere vor allem im ländlichen Raum der Familienzusammenhalt.⁷ Man stützte sich dabei auf einzelne

Listen, die nur Mitglieder einer einzigen Familie auswiesen. Indes zeigte sich nach dem Ende der Registrierung, dass relevante Familien vor allem in konservativen Wahlbezirken ihre Mitglieder auf alle eingereichten Listen verteilt hatten, um sicherzustellen, dass man unabhängig vom Wahlausgang profitieren würde. Die Fatah gab an, bei der Listenzusammensetzung auf Familienstrukturen Rücksicht genommen zu haben, um der gesellschaftlichen Bedeutung von Klanstrukturen Rechnung zu tragen. Dass Familienzugehörigkeit an Bedeutung gewinnen könnte, liegt auch an der aktuellen Skepsis gegenüber der etablierten Parteien: bei Umfragen zur Wählerpräferenz im Fall von nationalen Wahlen geben in der Regel rund ein Drittel der Befragten an, weder für Fatah noch für Hamas stimmen zu wollen. Die persönliche Bekanntschaft und Popularität, möglicherweise ohne parteipolitischen „Stallgeruch“ ermöglicht es auf kommunaler Ebene, dieser Parteienskepsis zu begegnen.

Diese Perspektive wird indes nicht von der breiten Bevölkerung geteilt: obwohl das Phänomen sehr breit diskutiert wurde, gaben letztlich nur neun Prozent an, dass für sie Familieninteressen und -zugehörigkeit wahlentscheidend gewesen wäre.⁸

Welche Wahlkampfstrategien gaben die Parteien preis?

Vor allem die Hamas bewies ihre Kampagnenfähigkeit in Gaza: mit Propaganda in Form von Fotos und Videoanimationen wurde der Eindruck vermittelt, der krisen- und kriegsgeschüttelte Gazastreifen habe sich längst in ein Paradies am Mittelmeer verwandelt, einem arabischen Singapur gleichkommend. Die Bewegung wollte den Anschein erwecken, dass sich unter ihrer (nicht demokratisch errungenen) Regierung in den Rathäusern vieles verbessert hat. Hamas-Gegner, darunter vor allem die Fatah, kritisierten in denselben sozialen Medien, in denen sich die Hamas bewegte, diese realitätsferne Sicht.

⁶ Jack Khoury, Lieberman's ‚Stick and Carrot‘ Plan Treats Palestinians Like Wild Animals, Haaretz (19.08.2016), goo.gl/zmXvKd.

⁷ Adnan Abu Amer, Will tribalism dominate upcoming Palestinian elections?, Al-Monitor (29.08.2016), goo.gl/RIfc4t.

⁸ Vgl. Fn. 3

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE
MARC FRINGS

September 2016

www.kas.de/ramallah

www.kas.de

Folgen Sie uns auf



Neben moderner Wahlkampfstrategie bediente sich die Hamas aber auch ihrer seit zehn Jahren ausgebauten Netzwerktätigkeit in den Moscheen des Gazastreifens, die die Bewegung heute weitestgehend ideologisch und personell kontrolliert: Predigten wurden genutzt, um an den Erfolg der Hamas und das Scheitern der Fatah zu erinnern.⁹

Fatah: geeint oder gespalten?

Die Fatah gab bei den letzten Wahlen ein klägliches Bild ab: sie verlor Wahlen nicht nur, weil es eine breite Wechselstimmung gab, sondern auch wegen ihres heterogenen, zerstrittenen Erscheinungsbildes. In doppelter Hinsicht profitierte hiervon die Hamas, die als Block antrat und vielerorts als attraktivere Alternative zu einer Vielzahl an Fatah-Listen – eine Folge der mangelnden innerparteilichen Verständigung auf nur eine Liste pro Wahlbezirk – erschien. Dieser Fragmentierungsprozess hat sich in den vergangenen Jahren verstärkt: Weil die Frage, wie die Palästinenser auf die anhaltende israelische Besatzung reagieren sollten, nicht mehr einheitlich beantwortet wird, haben sich verschiedene Strömungen innerhalb der Fatah gebildet, die für unterschiedliche Strategien eintreten.

Die Absage – und der vermutete Druck der Fatah auf die Richter – führt nun zu neuerlicher Spekulation über den Riss, der durch die Fatah geht. Dabei wird vor allem auf die Konkurrenz zwischen Präsident Abbas und dem ehemaligen Sicherheitschef für Gaza, Mohammed Dahlan, verwiesen. Letzterer wurde von Präsident Abbas 2011 ins Exil verbannt; ihm wird schon länger nachgesagt, seine Rückkehr vorzubereiten, um sich dann als aussichtsreicher Kandidat für das Präsidentenamt in Position zu bringen.

Für die Fatah ist eine potenzielle Rückkehr Dahlans nicht ohne Risiko: während er innerparteilich auf solide Unterstützung aufbauen kann (von bis zu 50 Prozent Unterstützung ist die Rede; in Gaza allein folgen ihm zwei Drittel aller Fatah-Anhänger), wird

er von der Bevölkerung als politisch irrelevant betrachtet: Lediglich fünf Prozent würden ihn als Präsidenten wählen, würden Wahlen ohne Mahmud Abbas stattfinden.¹⁰ Folglich wäre es mehr als fraglich, ob Mohammed Dahlan eine innerparteiliche Aussöhnung und ein Wahlerfolg der Partei befördern würde – oder nicht das Gegenteil bewirken würde, sollte er tatsächlich nach Ramallah zurückkehren.

Hatten Hamas und Fatah weitere Konkurrenten in der politischen Arena?

Die Perspektive auf Kommunalwahlen hat das Bild eines bipolaren Parteiensystems in den Palästinensischen Gebieten gefestigt: Bei Umfragen zu nationalen Wahlen geben in der Regel ein Viertel bis ein Drittel der Befragten an, keine der etablierten Parteien wählen zu wollen; derzeit würden sieben Prozent für eine der anderen (kleinen) Parteien stimmen. Gefragt, wessen Listen auf kommunaler Ebene am meisten überzeugte, nannte eine Mehrheit von 37 Prozent die Fatah und 17 Prozent die Hamas. Lediglich drei Prozent vertrauten dem linken Spektrum. Ein beispielloser, obgleich gradueller Bedeutungsverlust spielt sich hier ab: Ende Juli einigten sich fünf linke Parteien darauf, mit gemeinsamen Listen („Demokratische Allianz“) an den Wahlen teilzunehmen. Selbst mit diesem orchestrierten Vorgehen gelang es aber offenbar nicht, potenzielle Wähler zu erreichen, bzw. auch nur medial wahrgenommen zu werden.

Wie geht es weiter?

Für die weitere Entwicklung **sind drei Szenarien** denkbar:

(1) Geordnete Verhältnisse

In diesem Szenarium wird die von vielen erhoffte politische Chronologie zur Konfliktregelung verfolgt: zunächst überwindet die Fatah ihre internen Konflikte, indem sie einen Parteitag abhält. Der nächste Schritt wäre die Einberufung des Palästinensischen Nationalrats, einer parlamentarischen Ver-

⁹ Asmaa Al-Ghoul, Social media becomes electoral war zone for Hamas, Fatah, Al-Monitor (28.08.2016), goo.gl/9m1V77.

¹⁰ Vgl. Fn 3.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE
MARC FRINGS

September 2016

www.kas.de/ramallah

www.kas.de

Folgen Sie uns auf



sammlung innerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), um diese als internationale Vertreterin der Palästinenser zu stärken. Im Anschluss daran könnten Kommunal-, Legislativrats- und Präsidentschaftswahlen stattfinden, die zugleich die Versöhnung mit der Hamas besiegeln würden. Dies ist das Szenario, das im Präsidentenpalast gewiss die größte Unterstützung findet: es würde Präsident Abbas die Möglichkeit geben, seine schlechten Beliebtheitswerte zu korrigieren und als Mann der Aussöhnung in die palästinensischen Geschichtsbücher einzugehen.

(2) Einseitiger Machtpoker

Wahlen könnten aber auch voraussetzungs-frei abgehalten werden: Mahmud Abbas regiert seit dem fehlenden Quorum im PLC und dem formellen Ende seiner Amtszeit per Präsidentendekreten. Mit einem Präsidentenerlass könnte er sich auch über das Oberste Gericht hinwegsetzen und einseitig Wahlen neeterminieren. Wie die Umfragen zeigen, steht die Fatah wesentlich besser da, als bislang vermutet.

Diese eher unwahrscheinliche Variante könnte dennoch interessant für jene Fatah-Anhänger sein, die befürchten, dass ein Deal zwischen dem Abbas- und Dahlan-Lager neue Unsicherheiten bringt und etablierte Machtstrukturen in Frage stellt.

(3) Die Judikative entscheidet

Der formell korrekte Weg wäre es, zunächst die letzte Entscheidung des Obersten Gerichtshofs in Ramallah abzuwarten, um daraus Konsequenzen zu ziehen: die ursprüngliche Entscheidung des Gerichts, die Wahl wegen fehlerhaften Listen zu verschieben, war nicht unumstritten: Die Wahlkommission führte selbst eine sehr enge Auslegung des Wahlgesetzes ein und verfügte, dass fehlerhafte Angaben eines Kandidaten unmittelbar zur Disqualifizierung der kompletten Liste führt. Nicht vorgesehen ist bislang, einer Partei oder Listenvereinigung die Möglichkeit einzuräumen, den Fehler zu korrigieren und mit einer überarbeiteten Liste dennoch an der Wahl anzutreten. Die Praxis der Wahlkommission hatten die Gerichte in

Gaza so übernommen und folglich leichtes Spiel, Fatah-Listen zu disqualifizieren. Denn mit derselben Begründung wurden zuvor bereits drei Listen im Westjordanland von der Wahlkommission ausgeschlossen. Eine juristisch-technokratische Gesamtschau der Ausgangsbedingungen für Wahlen wäre gewiss ein Erfordernis, um delegitimierende Kritik unterlegener Kandidaten und Parteien nach erfolgter Wahlen zu unterbinden.

Dieses Szenario wäre auch in Kombination von (1) und (2) denkbar, um formaljuristische Tücken bei künftigen Wahlen im Vorhinein zu eliminieren.

Fazit

Das rechtzeitige Abhalten von Wahlen zum Ende der kommunalen Legislaturperiode wäre ein konstruktiver Beitrag zur demokratischen Entwicklung der palästinensischen Selbstverwaltung gewesen. Da mit den Kommunalwahlen (und deren Gewinner) aus Sicht des palästinensischen Volks geringere Erwartungen einhergehen, hätten sie auch ohne nationale Versöhnung von Hamas und Fatah abgehalten werden können. Es wäre mehr als fraglich, ob Kommunalwahlen überhaupt das Potenzial haben, um einen Annäherungsprozess zwischen den zerstrittenen Blöcken zu befördern: die Wahlankündigung von Präsident Abbas führte zunächst jedenfalls nicht zu einer Annäherung zwischen Säkularen und Islamisten.